

Franz Oswald:
 The Party That Came Out
 of the Cold War. The Party of
 Democratic Socialism in United
 Germany (Die Partei, die aus dem
 Kalten Kriege kam. Die PDS
 im vereinigten Deutschland),
 Praeger Publishers, Westport/
 Connecticut and London 2002,

Jürgen P. Lang:
 Ist die PDS eine demokratische
 Partei? Eine extremismus-
 theoretische Untersuchung,
 NOMOS Verlagsgesellschaft
 Baden-Baden 2003, 196 S. (29 €)

Er habe, sagt Verfasser Franz Oswald, Professor für Politik und Direktor der Forschungsgruppe Internationale Beziehungen und Globale Sicherheit an der Curtin University of Technology in Perth, Australien, für sein Buch den Vorteil der »sicheren Distanz« genutzt. Diese habe es ihm leichter gemacht, den Pflichten des Historikers und Politikanalytikers ungestört nachzukommen. Texte über die PDS seien ansonsten ja allzuoft durch eine zu enge Verbindung zwischen Analyse und Strategie geprägt. So sei die Charakterisierung der Partei als »extremistisch« und »nostalgisch-traditionalistisch« durch das »Bedürfnis nach Rechtfertigung einer Ausgrenzungsstrategie« nachgerade »ermutigt« worden, und umgedreht hätten die Beförderer einer »Integrationsstrategie« allzu rasch die PDS als »normalen Teilnehmer an Deutschlands Parteienwettbewerb« beschrieben. Typisch sei zudem ein statisches Herangehen, das sich lediglich auf Augenblicksaufnahmen beschränke. Er, Oswald, hingegen wolle die Partei in ihrer *Entwicklung* zeigen.

Schon einleitend macht er klar, welche Linien ihm dabei wichtig sind: »Mit dem Zusammenbruch der Deutschen Demokratischen Republik blieb die Nachfolgepartei der herrschenden Partei Ostdeutschlands in der Kälte zurück – beladen mit einem Erbe, mit dem

sich die verbliebenen Mitglieder nicht identifizieren wollten. Seither hat die PDS als ein Vehikel der Integration funktioniert – vielen Ostdeutschen ein politisches Milieu bietend, das es ihnen erleichterte, in der gesellschaftlichen Realität der vereinigten Bundesrepublik Deutschland anzukommen. Kulturell und psychologisch ist die deutsche Vereinigung noch immer nicht abgeschlossen. Zum Maß der Integration, wie es bisher erreicht worden ist, hat die PDS aber – wenn auch nicht immer absichtlich – einen bedeutsamen Beitrag geleistet«. Und darum müsse man es bei der Beurteilung der PDS auch mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker halten, der gesagt habe, daß die Integration des vereinigten Deutschland die Verbindung von Wahrheit und Versöhnung erfordere. »Die PDS zu verstehen und zu akzeptieren, sollte ein Teil dieses Prozesses sein.«

Das Buch ist auf eine Weise gegliedert, in der schon die Kapitelüberschriften die Ernsthaftigkeit dieses Verstehen-und-Akzeptieren-Wollens unterstreichen. Im ersten Teil, der das letzte Jahr der DDR von Dezember 1989 bis Dezember 1990 umfaßt, lauten die beiden Unterkapitel »Mehr als ein neues Etikett: Der Übergang von der SED zur PDS« und »Gewöhnung an die Oppositionsrolle und an die deutsche Vereinigung«. Teil zwei heißt »Verlangsamung des Niedergangs, Überleben an den Rändern« und umfaßt die Unterkapitel »1991-1992. Der Niedergang der PDS bestärkt die Strategie der Ausgrenzung« und »1993-1994. Auf dem Weg zu den Wahlen 1994: Überleben und erste Schritte heraus aus der Isolation«.

Der dritte Teil ist mit »Umgestaltung der Partei: Das »Ankommen« im neuen Deutschland« überschrieben, und die Unterkapitel lauten »1995-1997. PDS: Überdenken der Oppositionsrolle; SPD und Grüne: Überdenken der Ausgrenzungsstrategie« und »1998. Juniorpartner in einer Landesregierung: Nun fast eine normale Partei«. Ein drittes Unterkapitel in diesem Teil ist vom chronologischen Herangehen abgetrennt und behandelt zusammenfassend den »Platz der PDS im Parteiensystem«. Eine sechs Seiten umfassende »Chronologie der PDS von 1989 bis 2001« bietet eine in ihrer treffsicheren Knappheit überzeugende Darstellung wichtiger Eckpunkte

der Parteientwicklung, und da sie eigentlich bis zum 17. Januar 2002 reicht, schließt sie als Höhepunkt die Bildung der SPD-PDS-Regierung in Berlin ein.

Die Krisen des Sommers und Herbstes 2002 sind im Buch – es ist bereits 2002 erschienen – nicht mehr behandelt; aber das schmälert den Lesewert auch unter ganz aktuellen Gesichtspunkten in keiner Weise. Der Autor hat recht: Die »sichere Distanz« ist es, die ihm geholfen hat, eine im deutschen Sprachraum so nicht anzutreffende souveräne Sicht auf die PDS zu entwickeln. Und diese hat Gültigkeit auch über tagespolitische Wendungen und Schwankungen hinaus.

Am Beispiel der Gliederung des Unterkapitels über die Zeit von 1995 bis 1997 sei die gründliche und auch in der Quellenheranziehung vorbildliche Arbeit des Autors noch einmal ins einzelne gehend illustriert. Zunächst setzt er sich mit der Debatte innerhalb der SPD über den künftigen Umgang mit der PDS auseinander. Zwischen den Polen »Marginalisierung« hie und »Integration« da habe sich diese abgespielt. Dann beschreibt er das »Magdeburger Modell« der Tolerierung der Minderheitsregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt als Zeichen der »Halb-Akzeptanz« der PDS im Osten, um sich im Anschluß daran mit den Debatten in der PDS darüber zu befassen, wie nun mit diesem Erfolg und dem Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag im Jahre 1994 umzugehen sei. Ein »schmerzhafter Selbstfindungsprozeß« sei in Gang gesetzt worden, der erst im Januar 1997 mit dem Schweriner Parteitag und dem dortigen Beschluß, sich dann, wenn die Bedingungen dafür gegeben seien, an Regierungen zu beteiligen, beendet worden sei (S. 80). Die Beschreibung des Weges dorthin schließt die »Zehn Thesen zum weiteren Weg der PDS«, die in Vorbereitung des Parteitags im Januar 1995 vom Parteivorstand verabschiedet worden waren (S. 81-82), ebenso ein wie den Protest der Kommunistischen Plattform gegen sie (S. 82) und die in Antwort darauf entwickelten »Fünf Punkte: Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel«. Es folgen eine Behandlung des Aufsatzes von Lothar Bisky und André Brie »Deutschland braucht eine neosozialistische Alternative« vom Februar 1995 (S. 84), eine

Analyse der verschiedenen in der Partei stattfindenden »Geschichtsdebatten« als »Fraktionsmachtkampf« (S. 85-89) und eine sorgfältige Beleuchtung des vom Marxistischen Forum herausgegebenen Papiers »In großer Sorge« (S. 89-91). Im Ergebnis des letzteren kommt der Autor zu dem Schluß, daß 1995 der Einfluß der Kommunistischen Plattform in der Partei insgesamt aufs »fast Vernachlässigbare« geschrumpft sei, das Marxistische Forum hingegen von den PDS-Spitzen nicht habe ignoriert werden können – zumal es eine Integrationsfunktion gegenüber Unzufriedenen in der Partei wahrgenommen habe (S. 91). Mit dem Magdeburger Parteitag 1996 habe die »schon seit dem 19. Jahrhundert für die sozialistischen Parteien immer wiederkehrende Frage, ob sie entweder eine klare Stimme der Opposition zu einem ungerechten Gesellschaftssystem bleiben oder mit einem eher pragmatischen Herangehen Reformen (...) den Vorzug geben sollte« (S. 84-85), erneut an Schärfe gewonnen. Herausgekommen aber sei mit dem Schweriner Parteitag 1997 schließlich ein von einer breiten Mehrheit getragener »Konsens zugunsten einer flexiblen Strategie, die für alle drei Optionen Opposition, Tolerierung und Regierungsteilnahme offen war« (S. 93).

Im weiteren werden im genannten Kapitel behandelt: der »Brief aus Sachsen« von Christine Ostrowski und Roland Weckesser aus dem Jahre 1996 als »Kritik an der Gysi-Brie-Strategie des Aufbaus einer bundesweiten linkssozialistischen Partei« (S. 94-96), die Beziehungen zwischen SPD und PDS im Streß der Debatten um den fünfzigsten Jahrestag der Vereinigung von SPD und KPD zur SED (S. 96-100) und die Ausprägung eines um Wolfgang Thierse gruppierten Flügels in der SPD, der für Zusammenarbeit mit der PDS auf Länderebene eintritt (S. 101-103). Zu den besonders anregenden Abschnitten des Buches gehört dann eine Passage, die mit »Erfurter Erklärung versus Wörlitzer Erklärung: Kein Bündnis für die Wahlen 1998« überschrieben ist (S. 103-104) und die Auseinandersetzungen bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen um den Kurs gegenüber der PDS beschreibt. Eine Befassung mit dem 1997 veröffentlichten, von André Brie, Michael Brie, Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schu-

mann und Dietmar Wittich verfaßten »Kommentar« zur Programmatik der PDS (S. 104-108) beschließt das Kapitel.

Franz Oswald beendet seine Darstellung der PDS-Entwicklung mit der These, daß »im Jahre 2006 die weitere Normalisierung der PDS das Zustandekommen einer ›schwedischen Mehrheit‹ erlauben könnte« (S. 149) – also: einer sozialdemokratisch-grünen Koalition, die von den Linkssozialisten unterstützt wird.

Vor einer solchen Perspektive graut es Jürgen P. Lang, dem Verfasser des zweiten hier in Rede stehenden Buches, ganz ausdrücklich. Die »Auseinandersetzung mit der PDS« – so beschließt er seine Studie – sei »gekennzeichnet von der Ignoranz demokratischer Kräfte gegenüber der extremistischen Orientierung der Partei«. Damit sei es um den »Konsens der Demokraten (...) nicht zum besten bestellt«. Er sei »in eine bedenkliche Schiefelage geraten«, denn: »Andernfalls würde man der linksextremistischen PDS genauso entschieden und eindeutig entgegentreten wie den rechtsextremistischen ›Republikanern‹« (S. 162).

Ja, ja: Mit solchen Sätzen wird man in Deutschland 2003 Doktor. Lang ist ein erfahrener und oft zitierter PDS-Analytiker, und was hier gedruckt vorliegt, ist seine Dissertation, die er an der Philosophischen Fakultät der TU Chemnitz in der Doktorvaterschaft von Eckhard Jesse verfertigt hat – eines Mannes, der sich mit seinen Extremismus-Forschungen einen Namen gemacht hat. Aber was nützen alle Erfahrung und alle Namhaftigkeit, wenn am Ende ein solches Buch herauskommt? Ein Buch, das nicht wirklich – wie der Titel ja eigentlich verheißt – einer *Frage* nachgeht, sondern nur der *Bestätigung längst feststehender Urteile* dient? Man kennt solche Aufgabenstellungen aus schlechter Marxismus-Leninismus-Praxis: »Beweisen Sie, daß ...«

Bei Jürgen P. Lang gibt es nichts von der Distanz, die Franz Oswald für die Arbeit des Historikers und Analytikers für so wichtig hält, aber alles von der durch Oswald beklagten Nähe zwischen Analyse und Strategie. Und diese Strategie liegt völlig offen auf der Hand: Die PDS wird gesehen als »Hypothek der deutschen Wiedervereinigung« (S. 15) – als Belastung also, und die muß weg, und zur Begründung dieses Wegmüssens ist auch das

üble Mittel der Gleichsetzung von PDS und rechtsextremistischen Parteien nur recht und billig.

Die Arbeit von Lang ist ein beeindruckendes Beispiel dafür, wie sich durch ein solch strategiegebundenes Analysieren viel Interessantes und Gründliches am Ende doch selbst entwertet. Die Gliederung des Buches ist schlüssig: Nach Einleitung und Beschreibung eines »extremismustheoretischen Bezugsrahmens« mit den Abschnitten »Extremismustheorie im Spannungsfeld von Normativität und Empirie«, »Demokratischer Verfassungsstaat als Pendant zum Extremismus« und »Maßstäbe der Analyse« folgen zu den Themen »Grundwerteverständnis«, »Demokratieverständnis«, »Staatsverständnis«, »Außerparlamentarische Strategie«, »Parlamentarische Strategie«, »Regierungsstrategie«, »Organisationsprinzipien und innerparteiliche Demokratie« sowie »Umgang mit innerparteilichen Strömungen« jeweils vergleichende Darstellungen von »Reform«-Positionen und »orthodoxen« Positionen innerhalb der PDS.

Das ist alles sehr gut recherchiert und quellengestützt und mit etlichem Detailgewinn für den an der PDS-Geschichte Interessierten aufgearbeitet – aber der »extremismustheoretische Bezugsrahmen« ist das Problem. Er stammt von Langs Lehrern Eckhard Jesse und Uwe Backes, mit ihm werden »sämtliche politische Auffassungen und Akteure in demokratische und extremistische (antidemokratische)« eingeteilt – oh, wie einfach ist doch die Welt gestrickt! –, und der Begriff des »politischen Extremismus« wird zur »Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen« gemacht, »die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte einwissen« (S. 43). Ein solcher Rahmen ist natürlich viel zu eng, um etwa den Blick auf die Dynamik gesellschaftlicher Verhältnisse öffnen zu können und damit die Parteianalyse vom Schreibtisch der Philister ins Leben hinaus zu holen.

Die reale Gesellschaft in ihrer Dynamik, in ihren seit 1989/90 von besonderer Heftigkeit geprägten Veränderungen – sie kommt bei Lang nicht vor. Was dort vorkommt, ist eine statische, aus der alten Bundesrepublik vorgegebene »Demokratie«, ist ein ebenso stati-

scher »Verfassungsstaat«, und an all dem wird die »Hypothek« PDS nun gemessen. Das Ergebnis spiegelt sich in Sätzen wie diesen: »Die PDS beanspruchte, eine demokratisch geläuterte Kraft zu sein, die sich den Entscheidungsmechanismen des demokratischen Verfassungsstaates nicht verweigert. Während sie als Wählerpartei innerhalb der Instanzen des demokratischen Verfassungsstaates weitgehend an der politischen Macht teilhaben wollte, hielt sie aber den ›außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen‹ für ›entscheidend‹ und eine gegen den Staat gerichtete ›Gegenmacht‹ für notwendig. Der eine Aspekt spricht auf den ersten Blick eher für, der andere gegen die demokratische Qualität der PDS« (S. 29). Parlament gleich Demokratie, außerparlamentarischer Kampf gleich nicht-demokratisch resp. extremistisch – nein, damit ist im Leben kein Blumentopf zu gewinnen (und dürfte eigentlich auch in der Wissenschaft keiner zu gewinnen sein).

Aber das Lächeln darüber bleibt einem im Halse stecken, weil die ganze Methode nicht nur wissenschaftlich fragwürdig, sondern zugleich auch das ist, wogegen Lang ja vorgeblich zu streiten meint: demokratiefeindlich nämlich. Denn Demokratie ist Demokratie *nur* in Veränderung und *nur* in Beteiligung aller und natürlich nicht zu trennen von Wirtschaft und Sozialem und Kultur und Vision. Lang aber – ein weiteres Mal seinen Lehrer Jesse ins Feld führend – meint: »Im Kern ist es der Utopismus, der Linke zu Extremisten macht« (S. 51).

Wissenschaft als willfährige Dienerin gegebener Herrschaftsform – in Langs Buch darf sie Urstände feiern.

WOLFRAM ADOLPHI

Eske Bockelmann:
Im Takt des Geldes.
Zur Genese modernen Denkens,
zu Klampen Verlag Springe 2004,
511 S. (36 €)

Wer nachts wach liegt und dem gleichmäßigen Ticken des Sekundenzeigers seines Weckers lauscht, der kann eine interessante Entdeckung machen – er wird nämlich alsbald

einen Takt hören: »tick-tack«. Obwohl sich die einzelnen Töne physikalisch-akustisch keineswegs voneinander unterscheiden und insofern eigentlich ein monotones »tick-tick-tick« – ein Ticken eben – zu hören sein müßte, nimmt man statt dessen einen Wechsel betonter und unbetonter Töne wahr. Das Phänomen des »taktrhythmischen Reflexes« ist seit längerem bekannt, dagegen waren die Gründe für diese Form aktiven Hörens bislang verborgen geblieben.

Für den Philologen, Musikwissenschaftler und Philosophen Eske Bockelmann stellt die Lösung dieses Rätsels jedoch nur *einen* möglichen, wenngleich äußerst prägnanten Zugang zu einem viel grundlegenderen Zusammenhang dar, dem er sich in seiner jüngsten Publikation ausführlich widmet. Schon der Untertitel macht es deutlich: Nicht weniger als eine wesentliche Klärung der »Genese modernen Denkens« wird in Aussicht gestellt.

Bockelmann beginnt sein kühnes Vorhaben damit, die Historizität unseres spezifischen Rhythmusempfindens, des Hörens nach Takten in Musik und Versen zu belegen, und zwar indem er zeigt, daß in der Antike und im Mittelalter nach ganz anderen Prinzipien komponiert, musiziert, gedichtet und gehört wurde als heute. In diesem Zusammenhang erweist sich auch das Klischee eines vermeintlich archaischen Trommeltaktes, auf den sich ja die Techno-Szene gelegentlich als ihre Wurzel beruft, als bloßer moderner Mythos – so primitiv wie auf der Love-Parade ging es bei den Naturvölkern bei weitem nicht zu.

Der zunächst befremdliche Befund, daß ein Musikstück, egal ob von Chopin, den Dire Straits oder sonstwem, nicht an sich rhythmisch sei, sondern allein durch die Einbettung von Künstler und Rezipient in einen noch näher zu bestimmenden modernen Kontext als rhythmisch empfunden werde, bildet gleichsam den Ausgangspunkt zu weiteren verblüffenden Entdeckungen. In der Analyse des neuzeitlichen Taktschlags arbeitet der Autor eine aufschlußreiche Analogie zum Geld heraus, genauer: zum modernen Geld als allgemeinem gesellschaftlichen Äquivalent. Aber nicht nur, daß Geldverhältnis und Takt einen gemeinsamen zeitlichen und geographischen Ursprung hatten, sich synchron verbreiteten und bis heute umfassend wirken. Vor allem werde uns

mit beidem dieselbe unbewußte kognitive Leistung abgefordert, welche darin bestehe, daß wir ihre Elemente jeweils nach einem reinen, d. h. nicht-inhaltlichen Verhältnis aufeinander beziehen und synthetisieren – im Falle der alltäglichen monetären Handlungen: Geld (»reine Einheit«) und Ware (»rein bezogene Einheit«). In ihrer indifferenten Zwanghaftigkeit sei diese Leistung, die der Autor im weiteren Verlauf als »funktionale Abstraktion« charakterisiert und erläutert, eindeutig auf die Konstituierung kapitalistischer Verhältnisse zurückzuführen, welche in ihrer permanenten Reproduktion notwendig auf einen solchen Reflex ihrer Gesellschaftsinsassen angewiesen seien. Das Geld, dieses »chimärische Nichts einer Einheit jenseits aller Inhalte« (S. 229), etabliere damit in der Folge einen universalen Wahrnehmungs- und Denkmodus, der sich nach und nach auf alle möglichen Bereiche erstreckte und sie nach seinem (gehaltlosen) Bilde forme. Obwohl also weder anthropologische Konstante noch sonstigen natürlichen Ursprungs, werde diese Abstraktionsleistung somit quasi zum allgemeinen Apriori.

Im Zuge der Untersuchung von Rhythmus im ersten und Geld im zweiten Teil seines Buches gelingt dem Autor der argumentative Nachweis einer Verbindung zwischen zwei Extremen: Hier ein (scheinbares) Beispiel blanker Subjektivität, dort das (scheinbar) materiale Sinnbild kapitalistischer Ökonomie. Innerhalb dieses polaren Gefüges spannt sich natürlich ein weites Feld gesellschaftlicher Wirklichkeit, dessen Bereiche jetzt auf ihre konkreten Verstrickungen ins funktionale Denken hin zu untersuchen wären. Bockelmann sondiert dafür Mathematik und Naturwissenschaft (dritter Teil) sowie Philosophie (vierter und letzter Teil).

Noch heute sucht man vergeblich nach einer detaillierten Auskunft auf die Frage, worin das Revolutionäre der wissenschaftlichen Umwälzungen des 17. Jahrhunderts denn eigentlich genau bestanden habe – von der präzisen Angabe ihrer Ursachen ganz zu schweigen. Jenseits der üblichen, oft rein phänomenalen Umschreibungen der Wissenschaftstheorie bietet das Buch auch hierfür eine nachvollziehbare Antwort. Welch tiefgreifende Konsequenzen die Synthesis am Geld hat, veranschaulicht der letzte Teil der Schrift schließlich beson-

ders drastisch. Dem Selbstverständnis der (üblicherweise als das strikte Gegenteil beschränkten Denkens firmierenden) Philosophie wird hier heftig zugesetzt. Wie und warum es Descartes, Spinoza und vor allem Leibniz, die als Wegbereiter und Paradebeispiele des Denkens in funktionaler Abstraktion gezeigt werden, geschafft haben, unsere Welt in ihrer Fülle auf einen ausdehnungslosen Nullpunkt einzudampfen, erschließt sich dem staunenden Leser aber tatsächlich erst dadurch zur Gänze, daß er die vorherigen drei Teile des Buches gelesen hat, während umgekehrt auch vieles Vorausgegangene mit der Vollendung der Lektüre klarer wird.

Man traute dem Kapital ja ohnehin alles zu. Daß dieser naive Verdacht aber auf eine viel radikalere Weise berechtigt ist, als man gemeinhin zu denken und hoffen wagt, belegt Eske Bockelmann in eindrucksvoller Art. *Im Takt des Geldes* vermag es, dem gewöhnlich recht abstrakten »Basis-Überbau-Theorem« wirkliche Substanz zu verleihen, ohne monokausalistisch zu werden. Dabei wird Marx nicht übergangen, sondern schweigend vorausgesetzt.

Dem Autor ist hier ein bemerkenswertes Buch gelungen, dem man kontroverse Debatten wünscht.

THOMAS TETZNER

Bernd Hüttner:
Archive von unten. Bibliotheken und Archive der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände,
AG SPAK Bücher, Neu-Ulm 2003,
177 S., (15 €)

Die einst »neuen« sozialen Bewegungen sind in die Jahre gekommen und damit auch ihre Hinterlassenschaften von Flugblättern über Zeitschriften und Broschüren bis hin zu Zeitungsausschnittsammlungen oder Plakaten. Gesammelt und aufbewahrt wurden diese Materialien von zahlreichen kleineren Archiven, die meist enge Verbindungen zu den jeweiligen Bewegungen aufwiesen und damit einen herrschaftskritischen Blick von unten garantierten. Einige dieser Archive haben inzwi-

schen eine beachtliche Größe und einen professionellen Status erreicht.

Die »klassischen« neuen sozialen Bewegungen haben ihre spektakulären Zeiten hinter sich gelassen. Obwohl viele der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die sie angestoßen haben, keineswegs als politisch abgeschlossen betrachtet werden können, arbeitet die Geschichtswissenschaft schon eifrig an der Historisierung dieser Bewegungen. Einen deutlichen Schub erhielt die historische Aufarbeitung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre anlässlich des 20. Jahrestages des »deutschen Herbstes« 1977 sowie des 30. Jahrestages von »1968«. Im Zuge der Entwicklung lässt sich auch bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die den Protestbewegungen der 1970er und 1980er Jahre nicht nahe standen, ein stärkeres Interesse beobachten. In den staatlichen Archiven, die Dokumente der neuen sozialen Bewegungen nur vereinzelt und unter dem Blickwinkel staatlicher Institutionen aufbewahrt und kategorisiert haben, zeichnet sich ebenfalls ein Umdenken ab.

Ein Überblick über die Anzahl und Aktivitäten alternativer Archive ist selbst Eingeweihten kaum noch möglich. Mangelnde Kontinuität und wenig institutionelle Absicherung gehören zu den Charakteristika dieser Einrichtungen. Den ersten und letzten Versuch, diese differenzierte Archivlandschaft zu erfassen, legte das ID-Archiv in Amsterdam 1990 mit dem »Reader der ›anderen‹ Archive« vor. Heute besitzt dieser Band kaum mehr als historischen Wert.

Bernd Hüttner – selbst Gründer eines solchen Archivs in Bremen – kommt das Verdienst zu, in mühevoller Kleinarbeit nun eine neue Übersicht zusammengestellt zu haben. Präsentiert werden aktuelle Adressen und weiterführende Informationen zu 276 Archiven und Bibliotheken, überwiegend aus dem deutschsprachigen Raum.

Der Archivführer versucht, der unterschiedlichen Qualität und Größe der jeweiligen Einrichtung gerecht zu werden. Zu den bedeutenden themenübergreifenden Archiven finden sich ausführliche Beschreibungen der Bestände mit Angaben zu technischer Ausstattung und Dienstleistungsangeboten. Dazu gehört auch die für intensivere Forschungen relevante Frage nach Art und Umfang der Er-

schließung des Materials. Die kleineren Archive werden mit Adresse nach Postleitzahlen regional geordnet aufgelistet. Der Verweis auf eine Präsenz im Internet ermöglicht dann den raschen Zugang zu weiteren Informationen.

Mit Hilfe dieser Einteilung ist es leichter, die Bedeutung der jeweiligen Sammlungen einzuschätzen. Die Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass der überwiegende Teil der aktiven Einrichtungen erfasst wurde.

Wichtige Archive zu bestimmten Schwerpunkten werden gesondert aufgeführt. Die Zuordnung erfolgt auf der Grundlage ihrer Entstehungsgeschichte. Die Bezeichnungen sind sehr allgemein gehalten (Antifaschismus, Ökologie, Internationalismus ...), da eine eindeutige thematische Abgrenzung nur bei den wenigsten Archiven möglich ist. Gesondert aufgeführt werden auch feministische Archive, Einrichtungen der Bürgerbewegung der DDR oder Archive einzelner Parteien.

Der Archivführer versteht sich als Leitfaden für die Praxis und richtet sich damit auch an einen nicht akademisch geprägten Personenkreis. Am Ende des Buches gibt es einige Tipps für die Recherche sowie Hinweise für den Aufbau und die Struktur von Archiven. Darüber hinaus werden ausgewählte Publikationen, Zeitschriften, Netzwerke und Internetadressen angeführt und kommentiert, die die Erschließung weiterer Informationsquellen erleichtern.

Vorteilhaft für die Suche nach bestimmten Dokumenten sind das Ortsregister und das Archivregister am Ende des Bandes. Ein Sachregister fehlt allerdings. Wer also gezielte Information zu speziellen Ereignissen und Bewegungen oder zu einer bestimmten Zeitschrift sucht, wird nicht automatisch auf das geeignete Archiv stoßen. Letztlich wird ein bestimmtes Maß an Hintergrundwissen über die Entstehung der Bewegungen und ihrer Archive für eine effektive Nutzung dieses Handbuchs vorausgesetzt. Auch die recht unterschiedlichen Selbstdarstellungen der Archive erlauben häufig nur eine grobe Einordnung ihrer Bestände.

Bernd Hüttner versucht, am Ende des Bandes einige Einschätzungen über die aktuelle Lage alternativer Archive und Bibliotheken zu

geben, etwa zur finanziellen und personellen Ausstattung, zum Stand der Vernetzung oder zur Öffentlichkeitsarbeit. Die dargestellten Probleme und Konflikte sind keineswegs neu. erinnert sei in diesem Zusammenhang an das 1993 erschienene Archiv-Themenheft von *WerkstattGeschichte*. Viele der damals angesprochenen Fragen nach Datenschutz oder rechtlichen Grundlagen sind heute weiterhin ungeklärt und werden in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen. Dazu gehört auch die perspektivische Überlegung, in welchem Rahmen die Dokumente nach der Ablösung der Archive von ihren bewegten Entstehungszusammenhängen langfristig für eine herrschaftskritische Geschichtsschreibung bewahrt und einem größeren Publikum zugänglich gemacht werden können. Es wäre zu wünschen, dass dieses Handbuch die öffentliche Wahrnehmung der alternativen Archive verbessert und einen Anstoß zur Diskussion über den weiteren Umgang mit diesen Zeugnissen vergangener politischer Aktivitäten geben wird.

ECKART SCHÖRLE

Martin Held, Gisela Kubon-Gilke,
Richard Sturn (Hg.):
Normative und institutionelle
Grundfragen der Ökonomik,
Jahrbuch 1,
Metropolis Verlag Marburg 2002,
362 S. (24,80 €)

Das Jahrbuch 1 verkörpert die Fortsetzung der Buchreihe »Normative Grundfragen der Ökonomik«, welche seit 1987 im Campus-Verlag Frankfurt/New York erschienen ist und es bis zum Jahre 2001 auf zwölf Bände gebracht hat. Inzwischen liegt bereits das Jahrbuch 2 vor – an Beiträgen zu den normativen und den institutionellen Voraussetzungen der Ökonomik herrscht also kein Mangel; der dritte Band ist bereits in Vorbereitung. Was dieses Jahrbuch auszeichnet, ist sein interdisziplinärer Charakter und seine Themenwahl. Indem die Herausgeber bestimmte Fragen der Wirtschaftspolitik ins Zentrum stellen und diese dann von mehreren Autoren unter sehr verschiedenen

Aspekten erörtern lassen, erreichen sie eine große Bandbreite der Diskussion, welche auch periphere Ansätze und weniger häufige Zugänge zu der jeweiligen Thematik mit einbezieht. Auf diese Weise wird nicht nur Spezialwissen vermittelt, sondern vor allem zur kritischen und unkonventionellen Diskussion angeregt.

Das Jahrbuch 1 trägt den Titel »Gerechtigkeit als Voraussetzung für effizientes Wirtschaften«. Damit wird sogleich eine These formuliert, die der landläufigen Auffassung, welche davon ausgeht, daß ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit mit Einbußen an Effizienz verbunden ist, zuwiderläuft. Das macht die Lektüre spannend, denn die Autoren behandeln das »versteckte Grundproblem« der ökonomischen Analyse, die Relation von Effizienz und Gerechtigkeit, keineswegs schlechthin als ein einfaches »Abwägungsverhältnis« wie derzeit die Politik, sondern als ein echtes Problem. Die damit verbundenen Fragen werden auf der methodologischen, der institutionellen und der wirtschaftspolitischen Ebene behandelt. Dabei wird deutlich, daß es vor allem der enge ökonomische Horizont ist, der das Problem der Effizienz als losgelöst von den Wertfragen erscheinen läßt. Die Autoren hinterfragen daher zu recht, was ist Effizienz in einem erweiterten Sinne? Und was ist Gerechtigkeit? Welche Probleme wirft die Relation zwischen Gerechtigkeit und Effizienz generell auf und welche Interpretationen sind daran geknüpft? (S. 25) Wie so oft gibt es auch hier keine einfachen Antworten. Die Autoren des Einführungstextes bemühen sich, dem komplexen Zusammenhang durch eine mehrschichtige Lösung gerecht zu werden, indem sie Argumente für eine »Rückbindung der Marktwirtschaft« an außermarktliche Ziele vortragen, ohne jedoch allzu genau zu erklären, was sie mit »Gerechtigkeit« eigentlich meinen. Dies bleibt den nachfolgenden Beiträgen vorbehalten. So untersucht zum Beispiel Peter Weise die Tragweite und die Folgen eines Trade-offs zwischen Effizienz und Gerechtigkeit (S. 51 ff.), Andreas Suchanek das Verhältnis von Effizienz und Gerechtigkeit aus vertragstheoretischer Sicht und Ernst Helmstädter die Verteilungsgerechtigkeit als Leistungsgerechtigkeit (S. 297 ff.).

Andere Beiträge vertiefen bestimmte Einzelaspekte der beiden Seiten des Themas, so

Peter Koller die Dialektik von Freiheit und Gleichheit, Hans G. Nutzinger die Beziehungen zwischen Freiheit, Gerechtigkeit und Effizienz und Fabienne Peter den Konflikt zwischen Wahlfreiheit und Einwilligung im modernen Staat. Daneben finden sich Aufsätze zur sozialpsychologischen Gerechtigkeitsforschung, zur Sozialpolitik und zur Besteuerung.

Die politischen Explikationen der Aufsätze sind zumeist etwas versteckt und nicht immer deutlich ausformuliert. Man muß also mitunter sehr genau lesen, wenn man danach sucht. So plädiert Christian Sartorius zum Beispiel in seinem Text zu Wachstum und Verteilungsgerechtigkeit durchaus für mehr Ungleichheit bei der Verteilung als Grundlage für Wirtschaftswachstum, macht dann aber geltend, daß »der Versuch, die Anreizwirkung einer ungleicheren Verteilung zur Steigerung des Wirtschaftswachstums zu nutzen, nur solange erfolgreich sein kann, wie die Konsequenzen von der *gesamten* Gemeinschaft getragen werden und der soziale Frieden gewahrt bleibt« (S. 253). Das heißt, es gibt eine empirisch auszumachende Schwelle, von welcher ab eine stärkere Ungleichverteilung durchaus wachstumshemmend wirkt! – Insgesamt zeigt sich nach der Lektüre des Bandes, daß Gerechtigkeit als Voraussetzung für wirtschaftliche Effizienz keineswegs ein Ausnahmefall ist. Für entwickelte (und reiche) Volkswirtschaften läßt sich ein solcher Zusammenhang vielmehr systematisch nachweisen. Dies ist bemerkenswert, dann damit deuten sich sowohl »für die Theoriebildung als auch für das normative Koordinatensystem der praktischen Politik ... Akzentverschiebungen mit bedeutender Tragweite an« (S. 10).

ULRICH BUSCH

Gerald Oberansmayr: Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union, Promedia Verlag, Wien 2004, 143 S., (9,90 €)

Die Zeiten sind vorbei, da die europäische Einheit ein Hoffnungsschimmer für eine Welt ohne Krieg, Grenzen und für Völkerverständigung

sein konnte. Genauer, die Propaganda für ein solches Europa hat neue Dimensionen erreicht, wie das Abfeiern der EU-Osterweiterung und die Europawahlen 2004 zeigten. Aber die berechtigte Skepsis der Bürger hat weiter zugenommen, und sie sollte angesichts der Realitäten noch größer werden. Anstatt daß Europa zum Vehikel der Angleichung der Sozialstandards auf das Niveau der entwickeltesten Länder wird, hat sich die Gemeinschaft als Motor neoliberaler Zerstörung erwiesen. Aber auch außen- und sicherheitspolitisch tut sich einiges, was dem Anspruch einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als Markenzeichen einer Friedensgroßmacht widerspricht.

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat für die EU neue Perspektiven eröffnet, den gemeinsamen (west)europäischen Wirtschaftsraum nach Osten ausgedehnt, die politische Einigung zuallererst im Interesse der (westlichen) Hauptmächte in den Mittelpunkt gerückt. Zugleich wird von interessierter Seite die Frage aufgeworfen, ob dieses Europa nicht Anspruch, Verantwortung und Zugriffsmöglichkeiten einer Weltmacht mit all ihren Attributen haben müsse. Schon Ende der 1960er Jahre betrachtete der norwegische Friedensforscher Johan Galtung die damalige EWG als »superpower in making«. Es hat etwas gedauert, bedurfte des Untergangs des kommunistischen Osteuropas, um diesem Ziel näher zu kommen. Wie das geschieht, hat Gerald Oberansmayr, Aktivist der Friedenswerkstatt Linz und Redakteur der friedenspolitischen Zeitschrift »guernica«, genauer beleuchtet. Bei ihm schwingt nicht nur die berechtigte Sorge eines geborenen »Neutralen« darüber mit, daß sein Österreich via EU heute selbst zu einem in der weltpolitischen Neuordnung engagierten Teilnehmer auch einer nicht auf Europa beschränkten militärischen Neuordnung geworden ist.

Im vorliegenden Buch weist er nach, daß sich in der EU ein sich beschleunigender Militarisierungsprozeß vollzieht. Er läßt die Geschichte der (west)europäischen Einigung Revue passieren, erkennt hinter friedensfreudigen Beteuerungen und ökonomischen Interessen Bereitschaft und festen Willen, die Potentiale dieser Staatenformation auch militärisch in die Waagschale zu werfen. Dabei

übersieht er jene unseligen Vorgänger nicht, deren Wirken heute gern geleugnet wird, die aber an der Idee eines militärisch gesicherten Supermachtansatzes in Westeuropa mit besonderer Rolle Deutschlands sowohl während des Ersten wie des Zweiten Weltkriegs unter zunächst kaiserlichen, dann nationalsozialistischen Vorzeichen gefeilt haben. Er weiß selbstredend um den Platz Westeuropas im Kalten Krieg als Bollwerk gegen den Kommunismus. In den aktuellen Entwicklungen mit einer aufrüstungs- und militarisierungsfreundlichen EU-Verfassung, die jeden Gegner einer solchen Politik quasi in die Ecke des Verfassungsfeindes rücken muß, wie auch dem Ausbau gemeinsamer militärischer Strukturen und Rüstungsprojekte sieht Oberansmayr den Vollzug dieses Konzepts.

Die neue Supermacht EU »war zu keinem Zeitpunkt ein Projekt der friedlichen und gleichberechtigten Integration des Kontinents, um ihn von seiner blutigen Geschichte zu erlösen. Kaum ein Prozeß der letzten Jahre und Jahrzehnte ist mit derartig viel Lügen und Illusionen gepflastert wie die so genannte »europäische Integration«, die keine ist. Denn der Weg zur Supermacht EU-Europa integriert den Kontinent nicht, sondern spaltet und hierarchisiert ihn und weckt die Furien der Vergangenheit« (S. 7). Die Illusionen über den Prozeß seien zu zerschlagen, denn nur so könne über Alternativen diskutiert und versucht werden, sie mit Leben zu erfüllen.

Der Autor wendet sich drei Problemkreisen genauer zu. *Erstens* dem Prozeß der Militarisierung, den er als einen langwierigen beschreibt, der die EWG/EG schon früh begleitete – auch im besonderen Verhältnis zur NATO. Der Untergang des Realsozialismus wirkte deshalb nur als »Katalysator« in einem veränderten Kräfteumfeld.

Zweitens den vielfältigen Militarisierungstendenzen in der Gemeinschaft selbst, die er an zahlreichen Rüstungs- und Militärstrukturentscheidungen festmacht. Eine besondere Rolle spielt dabei die Revitalisierung der »un-toten« WEU. In der Masse der präsentierten Fakten zeichnet sich das Bild einer zunehmend einsatzbereiten und kriegsfähigen Allianz ab, die neben der NATO in neue Dimensionen auch jenseits der engeren Grenzen Europas vorstößt. Nicht immer scheint allerdings die

Darstellung parallel mit den wirklichen Entwicklungen zu laufen, bei denen Interessenkonflikte, Entscheidungsschwäche, Finanznot und militärisches Unvermögen der EU-Mitgliedsstaaten zumindest die klassischen Vorstellungen von einer kriegsbereiten Koalition doch arg untergraben. Offensichtlich sind hier die Ansprüche der Politiker und Militärs größer als die aktuellen Möglichkeiten. Das ist auch das eigentliche Problem der Argumentationen gegen diese Tendenzen, denn für den Normalbürger erscheinen diese Dinge schwer bis gar nicht nachvollziehbar. Schnell werden berechnete Warnen eines überempfindlichen Alarmismus verdächtigt. Für deren Argumentationen sprechen allerdings nicht nur Beschluß- und Rechtslagen, sondern vor allem die praktischen Einsätze – unter welchem aktuellen Kommando auch immer – in jenen zu »humanitären Interventionen« oder »Anti-Terror-Einsätzen« schönegeredeteten Kriegen, die in Europa, Asien und Afrika mit europäischer Beteiligung im letzten Jahrzehnt geführt wurden und die heute unter mehr oder minder realistischen »Friedenssicherungs«vorzeichen fortgesetzt werden. Der Krieg ist heute wieder Mittel der Politik, sichert nicht zuletzt auch wirtschaftliche Interessen: hinsichtlich des Zugangs zu Ressourcen und zur Gewährleistung von kostengünstiger Produktion und Kommunikation. Der Autor verweist insbesondere am Beispiel des Balkans auf die aktive Mitwirkung Westeuropas am Ausbrechen der Kriege und die militärische Konfliktlösung, die allerdings letztendlich nur mit dem Engagement der USA möglich wurde

Der *dritte* Problemkreis ist die herausgehobene deutsche Rolle auf dem Sprung zur EU-Supermacht. Insbesondere mit der These vom »Kerneuropa« erfolgt eine Präjudizierung dieser besonderen deutschen Rolle, die sich nicht zuletzt aus der wirtschaftlichen und bevölkerungsmäßigen Größe und Stärke dieses Landes ergibt, worüber insbesondere auch die kleinen Nachbarn, hier offenkundig die Österreicher, berechtigt besorgt sind. Die geschichtliche Erfahrung liegt doch recht nahe. Es wird nicht zuletzt auf die enge abgestimmte Politik Deutschlands und Frankreichs verwiesen. Die schließt eine Arbeitsteilung ein, die Frankreich vor allem in Afrika und Deutschland auf dem Balkan und in Afghanistan aktiv werden

läßt. Auch wenn Oberansmayr dazu neigt, manche Zitate von Politikern, Wissenschaftlern und Konzernmanagern schnell im martialisches Sinn zu interpretieren, so bleibt doch eines klar: Der sich entwickelnde und bewaffnende EU-Imperialismus ist eine spezifische Form politischer Absicherung und Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen der wichtigsten und stärksten Wirtschaftsgruppen, die von den EU-Staaten aus operieren. Wie jeder Imperialismus kann er bereit sein, alle verfügbaren Mittel zur Durchsetzung dieser Interessen einzusetzen. Die Rückkehr zu jener Konstellation von 1914, deren erhoffte Überwindung eigentlich am Beginn der Europa-Idee stand, liegt näher, als wir erwarten. Eine Zivilmacht wird dieses Europa nicht sein.

STEFAN BOLLINGER

Alexander Jakowlew:
Die Abgründe meines Jahrhunderts.
Eine Autobiographie,
 Verlag Faber & Faber Leipzig 2003,
 910 S. (29,90 €)

Alexander Jakowlew gehörte zu jenen Vertretern der sowjetischen Führungsschicht, die schon vor dem endgültigen Zusammenbruch des Sozialismus den Glauben an die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit dieser Gesellschaftsordnung verloren hatten. Dabei ging es nicht um theoretische Argumente, vielmehr hatte die Praxis selbst plausible (wenngleich nicht unbedingt zwingende) Gründe für diesen Glaubensverlust geliefert. Im Falle von Jakowlew trat an die Stelle der alten Ideologie sehr bald eine neue: Inzwischen glaubt er an die segensreiche Wirkung von Privateigentum, freiem Unternehmertum und parlamentarischer Demokratie. Und er gibt auch eine Erklärung dafür, warum sich die neuen Verheißungen in Russland noch nicht erfüllen konnten: Die nachwirkende Macht des »Bolschewismus« sei das Haupthindernis auf dem Wege des Fortschritts. Mit seinem Rückblick will der Autor offenbar dazu beitragen, Geist und Mentalität des »Bolschewismus« endgültig zu überwinden. Diese innerrussische Konstellation prägt nicht nur die Tendenz, sondern

auch die Tonart des Buches, es ist Kampfschrift und Beichte, moralische Anklage und Selbstrechtfertigungsversuch. So ist ein Text entstanden, der mit seinem Pathos und seiner Emotionalität bezeichnend sein mag für die geistige Auseinandersetzung im nachsozialistischen Russland, doch für einen um historisches Verständnis der sowjetischen Geschichte bemühten Leser ist diese Art der Darstellung – gelinde gesagt – nicht sehr anziehend.

Mit leidenschaftlichen Worten beklagt der Autor den realen Verlauf der russischen Geschichte. Seine Wunsch-Alternative zur Oktoberrevolution und der nachfolgenden Entwicklung wäre eine friedliche, demokratische kapitalistische Modernisierung gewesen, wie er sie im Programm der Stolypinschen Reformen konzipiert sieht. Dieses Ideal ist für ihn der Bewertungsmaßstab für die historische Realität. Dabei gerät freilich das Wunschdenken des Politikers immer wieder mit dem Wissen des Historikers in Widerspruch. Denn natürlich kennt der Autor die Gründe für das Scheitern der Stolypinschen Reformen und er muss auch einräumen, dass die Februarrevolution von 1917 keine der Massenforderungen erfüllte. Doch dass die tiefgehende Entfremdung zwischen »Gesellschaft« (den Oberschichten) und »Volk« im vorrevolutionären Russland der Oktoberrevolution eine objektive Basis verliehen haben könnte, diesen Schluss mag der Autor nicht ziehen. Statt dessen beklagt er den Mangel an Vernunft und Besonnenheit in der Geschichte. Dabei hätte die historische Erfahrung, dass Demokratie und Marktwirtschaft unpopulär sind, wenn gravierende soziale Probleme ungelöst bleiben, durchaus auch einen gewissen aktuellen Wert.

Der Zeit zwischen Oktober 1917 und Stalins Tod 1953 widmet der Autor ein Kapitel von 140 Seiten. Er unterscheidet hier nicht zwischen einzelnen Phasen, sieht keine Entwicklungen, für ihn ist alles ein und dasselbe: »russischer Faschismus«. Das Verhängnis beginnt bereits mit Lenin – ein »blutrünstiges Ungeheuer« (S. 39), Stalin war nur sein getreuer Schüler. Die Diktion verrät schon, worum es dem Autor geht: er will entlarven, anprangern, verdammen. Und es fällt ihm nicht schwer, aus der sowjetischen Geschichte entsprechende Tatsachen und Dokumente aus-

zuwählen: der »Krieg gegen Kinder« (S. 168 ff.), die Bekämpfung andersdenkender Sozialisten (S. 176 ff.), die Zwangsmaßnahmen gegen die Bauern (S. 181 ff.), die Überwachung und Unterdrückung der Intelligenz (S. 193 ff.), der »Terror gegen alle Religionen« (S. 228), die Zwangsumsiedlungen ganzer Völkerschaften (S. 252 ff.) u. a. So ergibt sich eine bedrückende Anklageschrift, aber kein Bild der realen Geschichte. Wer etwas von dieser Geschichte begreifen will, ohne ihre grausigen Tatsachen verdrängen oder verleugnen zu wollen, der wird sich anderen Quellen zuwenden müssen. Zum Verständnis dieses Kapitels ist noch ein persönlicher Umstand zu beachten: Der Autor leitet seit Jahren die Kommission zur Rehabilitierung der Opfer politischer Repression; kaum einer dürfte so viel über die düstersten Seiten der sowjetischen Vergangenheit wissen wie er. Und er muss erleben, wie sich die Gesellschaft gegen dieses Wissen sperrt, wie sich erneut das Bedürfnis nach einer ungetrübbten, »heroischen« Vergangenheit breit macht.

Mehr als die Hälfte des Buches ist den Jahrzehnten zwischen Stalins Tod und dem Ende der UdSSR gewidmet. 1953 war Jakowlew Instrukteur im ZK der KPdSU geworden, die Zeit unter Nikita S. Chruschtschow erlebte er also im Umfeld der obersten Führung. In diesen Jahren wurde zum ersten Mal ein historisches Dilemma deutlich: Das unter Stalin geschaffene System bedurfte dringend der Reform, aber jeder ernsthafte Reformschritt bedeutete zugleich eine Gefährdung des Systems. Chruschtschow selbst hatte offenbar eine begrenzte Sicht auf seine historische Aufgabe und meinte, mit der »Entthronung« Stalins das Nötige zur Belebung der erstarrten Gesellschaft getan zu haben. Umso hilfloser stand er den widersprüchlichen Folgen gegenüber. Bei dem Autor dreht sich auch alles um die Frage, ob die Nomenklatura bereit war, sich von der stalinistischen Vergangenheit zu distanzieren oder nicht. Im Allgemeinen bietet er dazu nicht viel Neues, aber immerhin: Seine Darstellung der Machtkämpfe und seine Erlebnisberichte geben eine genauere Vorstellung von der Atmosphäre und den Umgangsformen im Milieu der politischen Führung. Bezeichnend in dieser Hinsicht dürfte das Schicksal von Georgi K. Shukow gewesen

sein (S. 323 ff.). Der Autor kommentiert diese Verhältnisse mit moralischer Empörung, das eigentlich Verhängnisvolle war aber, dass das System keine institutionellen Formen für einen produktiven Wettbewerb in den oberen Etagen der Macht geschaffen hatte.

Bis zu seinem Wechsel auf den Botschafterposten in Kanada 1972 blieb Jakowlew unter Leonid I. Breschnew in der Propaganda-Abteilung des ZK, er stieg sogar auf und war vier Jahre lang de facto Abteilungsleiter. Was der Autor aus erster Hand berichten kann, bezieht sich also auf den Ideologiebereich. Interessant sind auch hier wieder vor allem die Einzelbeobachtungen. Da sind zunächst seine Erfahrungen als Redenschreiber für Breschnew (S.359 ff): Man fragt sich nach diesem Bericht, welche Funktion diese Reden eigentlich noch hatten, denn bewegen sollten sie offenbar nichts mehr. Auch erfährt der Leser einiges über die Hintergründe von kritischen Beiträgen, die ausnahmsweise in der Presse erschienen (S. 368 ff, 382): Unter Nutzung von Rivalitäten im Apparat konnten schlimme Konsequenzen für die Autoren mitunter abgewendet werden. Schließlich beschreibt der Autor den Kampf entgegengesetzter Strömungen in den Zeitschriften (S. 373 ff). Er sieht darin eine Ersatzbühne für den schwebenden innerparteilichen Konflikt um die Frage, ob man die Linie des 20. Parteitages fortsetzen oder rückgängig machen soll. Die Darstellung lässt ahnen, was hinter der Fassade der offiziellen, entleerten Ideologie in den Köpfen der Menschen tatsächlich vor sich ging. Da die Führung nichts entschied, sich zu keiner Richtung offen bekennen wollte, verlor der Parteiapparat nach und nach die Kontrolle über das geistige Leben (S. 379). Zwar konnte die Partei noch überwachen und reglementieren, verbieten und strafen, doch die geistigen Grundlagen der Macht unterlagen einer zunehmenden Erosion. Und diese Erosion nahm in dem Maße zu, wie konservative, reformfeindliche Kräfte in der Parteiführung die Oberhand gewannen. Als Jakowlew in einem eigenen Pressebeitrag Stellung gegen Nationalismus und Großmachtchauvinismus bezog, erregte er Breschnews Unmut und wurde als Botschafter nach Kanada abgeschoben.

Über ein Drittel des Buches behandelt die Zeit nach 1985, also der Periode, die als Um-

gestaltung (Perestrojka) des Systems begann und mit dessen Zusammenbruch endete. Hier berichtet der Autor als prominenter Akteur des Geschehens; aber auch hier gibt er keinen systematischen Überblick, liefert keine Geschichte, setzt vielmehr beim Leser die Kenntnis der wichtigsten Zusammenhänge voraus. Und natürlich berichtet er aus seiner Sicht, unterbreitet seine Version der Ereignisse. Demnach sei es im Wesentlichen um einen Machtkampf gegangen, denn jede ernsthafte Reform habe die Machtposition des Apparats antasten müssen, so dass von Seiten der Nomenklatura mit entschiedenem Widerstand zu rechnen gewesen sei. Dieser Widerstand hätte nur dadurch gebrochen werden können, dass einerseits die Öffentlichkeit, die Gesellschaft mobilisiert, andererseits von der Spitze aus Druck gemacht wird. Durch Glasnost habe es tatsächlich die ersten Schritte zu einer Kontrolle der Macht von unten gegeben. Als der durch die Ankündigungen der Parteispitze ohnehin schon verunsicherte Apparat dadurch in Bedrängnis geriet, sei die Nomenklatura zum organisierten Widerstand übergegangen. Sie habe nun die Reformen systematisch sabotiert, Panik verbreitet und Provokationen organisiert, um ein Antireform-Klima im Land zu erzeugen und einen Putsch vorzubereiten, der dann im August 1991 tatsächlich inszeniert worden sei. Michail Gorbatschow habe zu lange der Illusion angehangen, die Reform im Konsens mit den obersten Machträgern durchführen zu können, habe es deshalb versäumt, sich in der entscheidenden Phase auf die demokratischen Kräfte zu stützen und diese zu mobilisieren, auch habe er seine Macht als Präsident nicht zur Brechung des Widerstands der Reformgegner eingesetzt. Der August-Putsch sei zwar gescheitert, doch auf Grund dieser Versäumnisse sei es der Nomenklatura gelungen, wichtige Machtpositionen in die nachsowjetische Zeit hinüberzueretten. Soweit – kurz zusammengefasst – die Version des Autors.

Jakowlews Zeitzeugenbericht ist zweifellos eine wichtige Quelle, um die Dramatik dieses Geschehens rekonstruieren zu können, auch wenn die Subjektivität und Einseitigkeit seiner Darstellung unverkennbar ist. Da ist die mangelnde Differenzierung innerhalb der Nomenklatura, immerhin war die Initiative zur Re-

form von Teilen der Führungsschicht ausgegangen. Wie war die spätere »Einheitsfront« der Reformgegner zustande gekommen? Und ist es nicht ein altbekanntes, daher »verdächtiges« Erklärungsmuster, alle Schwierigkeiten des Reformprozesses auf die Sabotage seiner Gegner zurückzuführen? Gab es nicht gravierende konzeptionelle Mängel im Programm der Perestrojka? Warum war es nicht gelungen, die Menschen außerhalb des Apparats für die Umgestaltung zu gewinnen? Ist das nur mit der Propaganda der Reformgegner zu erklären? Und mit welchen Mitteln hätte Gorbatschow als Präsident den Widerstand im Apparat gegen die Reform brechen sollen, wenn er sich an die neugeschaffenen demokratischen Prozeduren halten wollte? Solchen Fragen weicht Jakowlew aus oder er belässt es bei sehr allgemeinen Auskünften. Wahrscheinlich ist das nicht zufällig; denn seine neue, neoliberale Ideologie liefert ganz einfache Lösungen für komplexe Probleme, und wenn es in der Realität nicht so einfach und so schnell geht, dann kann es nur am Widerstand oder an der Trägheit von Personen liegen, die nicht so rasch und so gründlich wie der Autor die Last der Vergangenheit abgeschüttelt haben.

Bei einem Blick über Russland hinaus konnten bereits um die Jahrhundertwende (also zur Entstehungszeit vorliegenden Buches) ernsthafte Zweifel aufkommen, ob die sich weltweit zusammenballenden Probleme mit den Rezepten einer neoliberalen Ideologie gelöst werden können. Der Zusammenbruch des Sozialismus konnte solche Zweifel nur zeitweilig überdecken. Angesichts dieser Ratlosigkeit zu Beginn des neuen Jahrhunderts wirkt Jakowlews Buch mit seinem Glaubenseifer und seiner selbstgewissen Unterscheidung zwischen gut und böse insgesamt etwas antiquiert. In seinen Vorzügen wie in seinen Schwächen ist es allerdings ein aufschlussreiches Zeitdokument für die Untergangsgeschichte des Sozialismus sowjetischer Prägung.

ROLF SEMMELMANN